

# VERBAND DER DEUTSCHEN KUTTER- u. KÜSTENFISCHER e.V.

Mitglied im Deutschen Fischerei-Verband  
Venusberg 36 - 20459 Hamburg  
Telefon: 040 31 48 84 Fax: 040 319 44 49  
[info@deutscher-fischerei-verband.de](mailto:info@deutscher-fischerei-verband.de)

Datum: 12.12.2022/cu

## P R E S S E M I T T E I L U N G

### **Verhandlungen über EU-Fangquoten: Nordsee weiterhin nachhaltig bewirtschaftet**

Die Verhandlungen des Ministerrates zu den Fangquoten im EU-Meer einschließlich Nordsee für das Jahr 2023 bringen stabile Erträge bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen. Gemäß den wissenschaftlichen Empfehlungen liefern einige wirtschaftlich wichtige Bestände wie Seelachs, Schellfisch und Scholle mehr Erträge. Der Schollenbestand wächst das dritte Jahr in Folge und nähert sich wieder dem Niveau von 1 Million Tonnen. Hier hat der ICES eine Anhebung der Gesamtfangmenge um 5,8 % empfohlen, beim Seelachs um 18,7 %. Bei Seezunge und Hering sind Senkungen der Quote zu erwarten. Dies ist jedoch nicht das Ergebnis vorangehender Bewirtschaftungsfehler, sondern Ausdruck natürlicher Schwankungen und variabler Umweltbedingungen. Schwankungen von Fangquoten entstehen durch unterschiedliche natürliche Einflussgrößen, die die Stärke der Nachwuchsjahrgänge bestimmen.

Besonders erfreulich ist die positive Bestandsentwicklung beim **Nordseekabeljau**. Hier wurde im November die wissenschaftliche Bestandsanalyse an eine verbesserte Datenlage angepasst, so dass eine Steigerung der Fangquote um 63 % von der Wissenschaft empfohlen wird. Der Bestand hat sich deutlich vergrößert, obwohl der südliche Teil des Verbreitungsgebietes auf Grund des Klimawandels keine größeren Vorkommen mehr aufweist. Hier wird die Wissenschaft, ebenso wie bei anderen Beständen, eine Weiterentwicklung ihrer Bestandsmodelle und Zielwerte durchführen müssen. Es macht keinen Sinn, einen Fischbestand in einem Gebiet wieder aufbauen zu wollen, welches keine geeigneten Lebensbedingungen für größere Vorkommen dieser Art mehr bietet.

Bemerkenswert ist außerdem die langjährige Entwicklung der Kabeljau-Bewirtschaftung. In den Jahren 2001-2007 hatte die Wissenschaft einen Fangstopp für Kabeljau in der Nordsee empfohlen. Der Ministerrat hat jedoch weiterhin eine Fangquote festgesetzt, die den Fischereibetrieben ein wirtschaftliches Überleben ermöglichte. Im Nachhinein hat sich diese Entscheidung als richtig erwiesen. Die Umweltverbände haben jahrelang verbreitet, der Kabeljau wäre überfischt und würde aussterben, wenn es keinen Fangstopp gibt. Entgegen der Behauptungen der Öko-Lobby ist der Kabeljau nicht ausgestorben und zeigt zumindest im nördlichen Verbreitungsgebiet eine gute Entwicklung.

Umstritten sind die Kommissionsvorschläge zum **Aal**. Die jährliche Quotenverordnung wird aus Zeitgründen ohne formale Beteiligung des EU-Parlamentes beschlossen. Der ICES hat die wissenschaftliche Empfehlung gegeben, die Fischerei zu beenden. Die EU-Kommission will einen sechsmonatigen Fangstopp durchsetzen, der wichtige Fangperioden beinhaltet. Dies würde nicht nur viele Fischereibetriebe die Existenz kosten, es würde auch die bestehende EU-Aalverordnung faktisch außer Kraft setzen. Darin sind für die Mitgliedsstaaten die Aufstellung und Durchführung von Aalmanagementplänen vorgeschrieben, die einen langfristigen Wiederaufbau des Aalbestandes

gewährleisten sollen. Wenn jedoch der vorgeschlagene Fangstopp kommt, dann sind die bestehenden Aalmanagementpläne nicht mehr durchführbar, weil das Besatzmaterial fehlt. Dadurch entstehen auch rechtliche Probleme. Darauf haben in einer Anhörung des deutschen Bundesministeriums in der vergangenen Woche alle anwesenden Vertreter der Bundesländer hingewiesen und die Bundesregierung um eine Unterstützung der Fortführung der Wiederaufbaumaßnahmen gebeten. Ein wesentlicher Teil der Managementmaßnahmen wird von Fischereibetrieben getragen und finanziert (Aalbesatz, „Aaltaxi“ zur Sicherung der Abwanderung laichbereiter Aale aus den Flüssen zur Verringerung der Sterblichkeit in Wasserkraftwerken).

Eine Gruppe von 18 EU-Abgeordneten unter Federführung des deutschen Parlamentariers David McAllister hat sich deshalb in einem gemeinsamen Brief an den EU-Kommissar Sinkevicius gewandt und seinen Vorschlag als „falsch“ bezeichnet.

Kontakt: Claus Ubl 0176 – 832 10 604